

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

**Neue Konzepte der Sozialraumgestaltung
in Heidelberg, hier:
Mehrgenerationenhaus**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 26. Juni 2007

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Ausländerrat/Migrationsrat	02.05.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Sozialausschuss	10.05.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	21.06.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Ausländerrat/Migrationsrat, der Sozialausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information zur Kenntnis.

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 02.05.2007

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Sozialausschusses vom 10.05.2007

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 21.06.2007

Ergebnis: Kenntnis genommen

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	<p>Ziel/e: BürgerInnenbeteiligung und Dialogkultur fördern</p> <p>Begründung: Ziel der Mehrgenerationenhäuser im Stadtteil ist es, einen zentralen Bürgertreffpunkt für alle Generationen und Kulturen zu schaffen und Anleitung zu einer möglichst weiten Selbstorganisation zu geben. Ziel ist es, Mehrgenerationenhäuser in den Stadtteilen einzurichten, die als zentrale Bürgertreffpunkte für alle Generationen und Kulturen Begegnungen stiften und Nachbarschaften entwickeln.</p>
QU 5 + QU 6	+	<p>Ziel/e: Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische EinwohnerInnen als gleichberechtigte BürgerInnen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen.</p> <p>Begründung: In einem Treffpunkt für alle Generationen, Kulturen und Gruppen ist die Einbeziehung der unterschiedlichsten Lebensformen wichtige Voraussetzung für ein Gelingen. Durch Kommunikation und Kooperation können Vorbehalte gegen unterschiedliche Lebensformen beseitigt werden.</p>
SL 3 + RK 1	+	<p>Ziel/e: Stadtteilzentren als Versorgungs- und Identifikationsräume stärken Nachbarschaftliche und kooperative interkommunale Zusammenarbeit fördern</p> <p>Begründung: Begegnungszentren, in denen die vielfältigsten Veranstaltungen, Kurse, Aktivitäten durchgeführt werden, erhöhen die Identifikation mit dem Wohnumfeld, ermöglichen neue und tragfähige (nachbarschaftliche) Kontakte und sollen zu solidarischem Miteinander beitragen.</p>
Soz 1+2+3+8 +10+12		<p>Armut bekämpfen Ausgrenzung verhindern Diskriminierung und Gewalt vorbeugen Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und Bürgerschaftliches Engagement fördern Den Umgang miteinander lernen. Geeignete Infrastruktur für alte Menschen Selbstbestimmung auch alter, behinderter oder kranker Menschen gewährleisten</p> <p>Begründung: Zentrale Begegnungsstätten tragen dazu bei, Diskriminierung vorzubeugen und Ausgrenzung zu verhindern. Sie helfen, die Solidarität zu verbessern und fördern dadurch das Engagement für das Gemeinwohl.</p>
Ku 1+2+4+5 +7		<p>Ziel/e: Kommunikation und Begegnung fördern Kulturelle Vielfalt unterstützen Freiraum für unterschiedlichste kulturelle Ausdrucksformen Kulturelles Leben im Stadtteil fördern Zugangsmöglichkeiten zum kulturellen Leben verbessern</p>

Begründung:

Ein Begegnungszentrum für alle Lebensalter, Kulturen und Interessen fußläufig im Stadtteil fördert die Kommunikation und Begegnung untereinander, unterstützt durch vielfältigste Veranstaltungen die kulturelle Vielfalt und gibt auch Randgruppen die Möglichkeit des „Sich-Präsentierens“.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Mehrgenerationenhäuser sind durch bürgerschaftliches Engagement alleine nicht arbeitsfähig. Das Bundesfamilienministerium geht davon aus, dass eine Anschubfinanzierung über fünf Jahre mit jährlich 40 T € ausreichend ist. Es wird nur ein Haus pro Kommune gefördert. Derzeit muss davon ausgegangen werden, dass die Kosten für weitere Mehrgenerationenhäuser durch die Stadt aufzubringen sind. Durch das Zusammenführen und Begleiten zahlreicher Akteure ist von einem personellen Mehraufwand im zuständigen Fachamt auszugehen.



II. Begründung:

1. Anlass;

Antrag der GAL-Grüne-Heidelberg vom 24.01.07 zum Thema "Neue Konzepte der Sozialraumgestaltung in Heidelberg".

2. Ausgangslage:

Auf Grund der sich verändernden gesellschaftlichen Strukturen hin zu einer immer älter werdenden (europäischen) Gesellschaft, wird es zukünftig noch sehr viel wichtiger werden, Möglichkeiten der Begegnung zwischen Alt und Jung, die es oft nicht mehr gibt, zu schaffen. Generationenarbeit ist eine Integrationsaufgabe. Die Räume und Aufgaben der Generationen müssen neu definiert und gestaltet werden.

Dank der höheren Lebenserwartung leben heute gleichzeitig vier bis fünf Generationen. Wissenschaftliche Studien belegen, dass die Generationenkontakte in den Familien gut gepflegt werden, auch wenn die Familien geographisch oftmals in größerer Distanz leben.

Dennoch gibt es eine Segregation der Generationen in der Gesellschaft. Häufig leben sie unter sich und pflegen, abgesehen von der Familie, kaum Kontakt zu anderen Altersgruppen. Dies führt dazu, dass alte Menschen die Welt der Jüngeren nicht mehr verstehen, obwohl sie in ihr leben. Kinder und Jugendliche wissen nicht, was die alten Menschen bewegt. Vielfältige Erfahrungen, von denen die Jungen profitieren könnten, bleiben so unbeachtet und gehen verloren.

Der „Dialog der Generationen“ ist daher von zentraler Bedeutung für eine zukunftsfähige, solidarisch getragene Gesellschaft, in der alle Generationen und Kulturen ihren Platz finden und Verantwortung übernehmen.

Um auf lokaler Ebene diesen Ansatz zu verankern, hat das Bundesfamilienministerium das Modellprojekt „Mehrgenerationenhäuser“ ins Leben gerufen. Innerhalb der nächsten Monate/Jahre sollen – auf bestehende Strukturen vor Ort aufbauend - in allen 439 Stadt- und Landkreisen jeweils ein vom Bundesministerium gefördertes Mehrgenerationenhaus entstehen.

Für zwei Jahre erhalten die ausgewählten Modellprojekte 40.000 € p.a., um nachhaltige Strukturen der Begegnung und des verbesserten Miteinanders aufzubauen und ein für alle Lebensalter und Kulturen attraktives Begegnungszentrum vor Ort zu schaffen.

Es geht hierbei nicht um das Wohnen mehrerer Generationen unter einem Dach, sondern um das Fördern eines generationsübergreifenden Verständnisses, um ein gutes Miteinander und darum, Beziehungen und Netzwerke quartiersbezogen zu stärken, sowie einen niedrigschwelligen Ort der Begegnung zu schaffen.

Die Angebotspalette der Mehrgenerationenhäuser kann von Kinder-, Freizeit- und Betreuungsangeboten über Bewegungs- und Gesundheitsfragen, Hausaufgabenbetreuung, einem informellen Treffpunkt z. B. beim gemeinsamen Mittagstisch oder in einer Cafeteria bis hin zu Beratungsangeboten, Tauschbörsen, einem regen Vereinsleben und dem Nutzen der Ressourcen für private Zwecke reichen. Allen Bürgerinnen und Bürgern soll dieses zentral im Stadtteil gelegene Mehrgenerationenhaus zugänglich und bekannt sein und durch möglichst viele Vereine, Institutionen und Personen genutzt und belebt werden.

Die erste Ausschreibungsphase endete im Sept. 2006. Eine weitere wurde für März 2007 angesetzt. Die Antragsflut zur ersten Ausschreibung überstieg bei weitem die Erwartungen. Die damals eingegangenen Bewerbungen wurden von einem aus verschiedenen Fachrichtungen besetzten Jurorenteam bewertet, ausgewählt und die ersten 50 Projekte festgelegt und benachrichtigt.

Dieser Ansatz des Bundesmodells entspricht den im STEP - für den Bereich Soziales - formulierten Zielen. Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die Stärkung der Stadtteilidentität.

3. Entwicklung in Heidelberg:

Die Demographische Entwicklung ist seit Jahren Gegenstand unserer Arbeit und findet sich sowohl in den Schwerpunktthemen und Zielvereinbarungen der Seniorenzentrumsarbeit als auch in Stadtteil übergreifenden Veranstaltungen wieder. Es gibt eine Reihe von Beispielen, die das belegen.

Unter anderem zu nennen sind hier:

- gut besuchte Computer- und Handyworkshops von Jungen für Ältere in diversen Stadtteilen
- den stadtweiten Paten-Oma-Dienst, bei dem sich „Leihomas“ um Kinder und Familien kümmern und diese unterstützen.
- Deutschkurse für alle erwachsenen Migrantinnen und Migranten im Seniorenzentrum Rohrbach.
- Spanischkurs für den Sommerurlaub

Darüber hinaus gibt es immer wieder zeitlich befristete Projekte mit Schulen, Jugendzentren, Vereinen und Kindergärten wie z.B:

- Erzähl- und Geschichten-Werkstatt des Seniorenzentrums Wieblingen mit dem Thadden-Gymnasium,
- einen Gymnastikkurs von Seniorenzentrumsbesucherinnen und Kindergartenmüttern des Seniorenzentrums Rohrbach,
- Kinder singen, spielen, musizieren für Ältere bei allen möglichen Festivitäten

Bereits Anfang 2006 kam das Diakonische Werk auf das Dezernat III zu und teilte mit, dass ein Interesse bestünde, in der Baden-Badener-Str. die bestehenden Angebote des Kindergartens und des Seniorenzentrums um die Aspekte des vom Bund geplanten Mehrgenerationenhauses auszuweiten. Mittel zur Umsetzung seien ggfs. über die ev. Landesstiftung bzw. über das Bundesfamilienministerium einzuwerben. Da der Stadtteil Rohrbach/Hasenleiser für eine solche Projektidee auf Grund der guten Infrastruktur geeignet scheint, stand die Stadt Heidelberg der Idee von Anfang an wohlwollend und unterstützend zur Seite.

Im April 2006 lag eine schriftliche Projektidee des Diakonischen Werkes vor, die bei der ev. Landesstiftung eingereicht wurde.

Im August 2006 schrieb die Bundesregierung ihren Wettbewerb mit relativ kurzer Bewerbungsfrist aus.

Das Diakonische Werk entschied sich, erst nach der Abklärung bzgl. einer Förderung der ev. Landeskirche, in der 2. Tranche beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen Antrag einzureichen.

Im August erfuhr die Stadtverwaltung von den Plänen der Diakonischen Hausgemeinschaften sich ebenfalls zu bewerben. Auf dem Areal des „Schweizer Hofes“ wird ein neues generationsübergreifendes und interkulturelles Projekt, das voraussichtlich im II. Quartal 2007 bezugsfertig sein wird, umgesetzt.

Es sollen 17 Wohnungen für Menschen mit und ohne Einschränkungen, junge Familien und Ältere entstehen. Eines der wichtigsten formulierten Ziele ist, dass sich die dort Lebenden bewusst in die Gemeinschaft eingeben und bereit sind, im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützend tätig zu werden.

Alle geplanten Aktivitäten sind auf die aktive Partizipation der Menschen vor Ort, aber auch des Stadtteils ausgerichtet. Eine enge Kooperation in den Stadtteil soll von Anfang an angestrebt werden.

Die Diakonischen Hausgemeinschaften reichten zum Ende der 1. Ausschreibungsphase beim Bundesfamilienministerium ihre Projektidee ohne Abstimmung mit der Stadt ein.

Das Projekt der Diakonischen Hausgemeinschaft wurde in die Bundesförderung aufgenommen. Nach Rücksprache mit dem Bundesfamilienministerium ist davon auszugehen, dass auf absehbare Zeit kein weiteres Projekt aus Heidelberg mit einer Förderung aus Bundesmitteln rechnen kann, da zunächst pro Stadt- bzw. Landkreis nur ein Projekt gefördert wird.

4. Weiteres Vorgehen:

Wir sehen in dem Bundesprogramm einen guten Ansatz, den Dialog der Generationen Stadtteil bezogen zu entwickeln, Erfahrungen zu sammeln und Erkenntnisse für die Zukunftsfähigkeit unserer Arbeit im Hinblick auf die zu erwartenden Entwicklungen zu erhalten.

Eine enge Verzahnung der bestehenden Angebote, Institutionen und Strukturen sowie die Anwendung neuer erfolgreicher Arbeitsansätze sind hierbei lohnende Ziele.

Da es nicht sinnvoll erscheint in einer Stadt Parallelstrukturen oder konkurrierenden Arbeitsansätze zu entwickeln, hat das Dezernat III alle Akteure aus Rohrbach eingeladen, miteinander ins Gespräch zu kommen, an einer gemeinsamen Umsetzung zu arbeiten und durch eine Konzentration der Kompetenzen das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Ein erstes positiv verlaufenes Gespräch in Richtung Mehrgenerationenhaus fand am 30. März 2007 statt.

Aus Sicht des Fachamts erscheint es sinnvoll, zunächst das „Rohrbacher Projekt“ zu entwickeln und durchzuführen. Die gesammelten Erfahrungen und die Ergebnisse der vorgesehenen Evaluation sollen dann in eine Konzeption für eine stadtübergreifende Umsetzung einfließen.

Auch in anderen Stadtteilen zeichnen sich Entwicklungen in Richtung Mehrgenerationenhäuser ab:

- So wäre in Handschuhshaus denkbar, das gegenwärtige Seniorenzentrum an einer künftigen Nutzung des „Alten Rathauses“, Dossenheimer Landstr. 5, das zu einem „Haus der Begegnung“ werden könnte, zu beteiligen.
- Im Pfaffengrund möchten einige Privatpersonen ein Mehrgenerationenhaus umsetzen und haben erste Ideen in einer öffentlichen Sitzung vorgestellt. Das Interesse der Bevölkerung und der Vereine dort hielt sich jedoch in Grenzen.

5. Handlungsansätze:

- Das Projekt der Diakonischen Hausgemeinschaften und aller Akteure in Rohrbach wird seitens der Stadt moderiert.
- Es sollen keine parallelen Strukturen vor der Auswertung der Erfahrungen des Projektes entstehen.

- Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung durch das Bundesministerium werden Anfang 2009 ausgewertet.
- Danach wird ein Konzept zur Umsetzung der Mehrgenerationenhäuser in Heidelberg entworfen (2009).
- In der Folge entscheidet der Gemeinderat über die Umsetzungsschritte und die Finanzierung (2009).
- Die getroffenen Beschlüsse sollen ab 2010 sukzessive umgesetzt werden.

gez.

Dr. Joachim Gerner